

Energiebrief 01/2020

Der Informationsdienst für energiepolitische Entscheider

Schwerpunkt 2

Regierung unter Strom

Unter der türkis-grünen Bundesregierung erfährt die Klima- und Energiepolitik eine echte politische Aufwertung. Diese Chance muss jetzt nur noch genützt werden.

Strom in Zahlen und Bildern 4

System am Limit

Energiestandort 5

Klimapolitik: Solitäre Solidarität

Während die USA, China oder Indien blockieren, geht die EU mit ambitionierten Klimazielen voran. Wie stehen die Chancen auf Umsetzung?

Versorgungssicherheit: Kritische Tage

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit wird aufgrund des Energiemix schwieriger. Nun hemmt auch die Bürokratie.

Termine 7

Seminar: Österreichs E-Wirtschaft kompakt

Oesterreichs Energie Kongress 2020

Über uns/Impressum 8

Sie finden die
Energiebriefe in
elektronischer
Form auch unter
diesem QR-Code:



Energiezukunft Regierung unter Strom

SCHWERPUNKT

Unter der türkis-grünen Bundesregierung erfährt die Klima- und Energiepolitik eine echte politische Aufwertung. Diese Chance muss jetzt nur noch genützt werden.

Das Konvolut umfasst 326 eng bedruckte Seiten. Zu Jahresbeginn 2020 stellten es der ins Amt zurückgekehrte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und sein neuer Vize, Werner Kogler (Grüne), der Öffentlichkeit vor. Viel wurde seither über Verhandlungssieger und -verlierer debattiert. Nach Lektüre des Regierungsprogramms „Aus Verantwortung für Österreich – 2020–2024“ ist offensichtlich: Zu den inhaltlichen Siegern zählt der Bereich Klima- und Energiepolitik.

Am Ende die Energiewende

Nach vielen Jahren intensiver Diskussionen und aufgrund bewegter politischer Zeiten fehlender Umsetzung scheinen am Ende nun doch die Grundlagen für die Energiewende geschaffen zu werden. Das Kapitel „Klimaschutz & Energie“ sowie der ebenfalls deutlich von der Energiewende geprägte Bereich „Verkehr & Infrastruktur“ sind die längsten Abschnitte im gesamten Programm. Die neue Klima- und Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) und der ihr von der ÖVP zugeordnete Staatssekretär Magnus

Brunner sind zudem keine Politiker, die sich in die komplexe Energiematerie erst einarbeiten müssten. Beide kennen die Branche ebenso wie die inhaltlichen Erfordernisse für einen erfolgreichen Umbau des Systems.

Eine erste Analyse des Regierungsprogramms stimmt grundsätzlich positiv, was die Prioritätensetzung angeht. Von Seiten der Energiewirtschaft gibt es für den sachpolitischen Vorstoß jedenfalls Unterstützung. Der Präsident von Oesterreichs Energie, Leonhard Schitter, zu den vorgelegten Vorhaben: „Die E-Wirtschaft steht in den Startlöchern und ist für den Umbau des Energiesystems bereit.“

Ambitionierter Fahrplan

Wenn die Regierung umsetzt was sie sich vorgenommen hat, wird es die Branche als Manager der Energiewende brauchen:

1. Klar vorgegebener Pfad

Hervorzuheben ist, dass sich die Regierung schon am Beginn ihrer Amtszeit, im Regierungsprogramm, auf klare Ausbaupfade die einzelnen Energieträger betreffend festgelegt hat. Insgesamt sollen in den kommenden zehn Jahren 27 Terawattstunden (TWh) zugebaut werden, 11 TWh davon im Bereich Photovoltaik, 10 TWh bei der Windkraft, 5 TWh bei der Wasserkraft und 1 TWh in der Biomasse. Es wurde – und auch das ist positiv anzumerken – auch keine neue Strategiediskussion mehr geführt, sondern schnell an die Umsetzung gedacht. Es gibt das Bekenntnis zu einer „möglichst raschen“ Verabschiedung eines Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (EAG) und zum bestehenden 100-Prozent-Ziel (national bilanziell) im Strombereich bis 2030.



Die K. u. K.-Energiesstrategie

Das Thema Klima- und Energiepolitik soll in der türkis-grünen Regierung deutlich aufgewertet werden.

2. Die Förder-Strategie

Im Bereich der notwendigen Investitions- und Förderstrategie ist naturgemäß noch einiges offen. Klar scheint aber die Richtung zu sein: Jährliche Förderkontingente werden, außer bei Speichern und im Zusammenhang mit PV-Anlagen, abgeschafft. Das Unterstützungsvolumen soll sich am Ausbaubedarf orientieren, allerdings mit 1 Milliarde Euro jährlich (bei einem dreijährigen Durchrechnungszeitraum) gedeckelt werden.

3. Die Arena-Erweiterung

Wie seit vielen Jahren auch von der E-Wirtschaft gefordert, soll es endlich zu einer Einbeziehung aller Sektoren in die Klima- und Energiestrategie kommen. Bei der Raumwärme soll es ab sofort in Richtung Dekarbonisierung gehen. Das Phase-out gilt für alle fossilen Energieträger, für Öl- und Kohleheizungen kommt das generelle Aus bis 2035. Im Verkehrssektor finden sich einige Maßnahmen, von der Flugticketabgabe über den Kampf gegen den Tanktourismus bis hin zur Ökologisierung der Normverbrauchsabgabe (NoVA).

4. Offene Finanzierung

Offen ist freilich noch die Finanzierung der ambitionierten Pläne: Angedacht sind Maßnahmen

im Bereich „Green Finance“ (z. B. Green Bonds). Eine ökosoziale Steuerreform wird für 2022 angekündigt, erst einmal aber an eine Task Force delegiert. Wichtig ist jedoch die Zielsetzung, dass es zu keinen Mehrbelastungen für die Wirtschaft und Private kommen soll. Auch das Vorhaben, eine schrittweise Herstellung von Kostenwahrheit bei den CO₂-Emissionen in den Non-ETS-Sektoren zu erreichen, ist zentral. Erreicht werden soll das etwa durch eine von der E-Wirtschaft propagierte Form der CO₂-Bepreisung.

5. Versorgungssicherheit

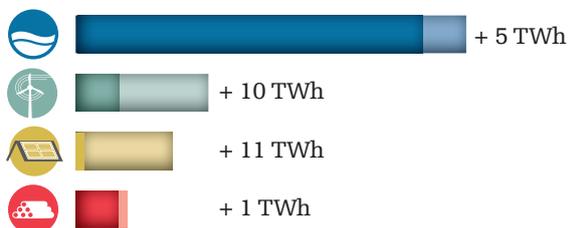
Schließlich ist sich die Regierung auch der Bedeutung der Versorgungssicherheit für den Standort bewusst. Im Programm sind neben einer strategischen Energieplanung auch ein Netzinfrastrukturplan und die erforderlichen Reservekapazitäten angeführt.

Insgesamt setzt das Regierungsprogramm also die richtigen Schwerpunkte. Der bestehende Zeitdruck gebietet allerdings eine zügige Umsetzung der Pläne.

Die detaillierte Analyse des Regierungsprogramms finden Sie unter <https://bit.ly/38cGkRd>

Ambitionierter Ausbauplan

Die Bundesregierung bekennt sich zu klaren Ausbaupfaden zur Sicherstellung einer dekarbonisierten Energieversorgung. Erzeugter Strom in TWh



Quelle: Regierungsprogramm 2020–2024

Unsere Position:

- › Zügige Umsetzung des EAG
- › Faire Förder- und Investitionsstrategie
- › Rasche Einbeziehung der Sektoren Raumwärme und Verkehr
- › Etablierung eines Systems der CO₂-Bepreisung
- › Garantie der Versorgungssicherheit

System am Limit

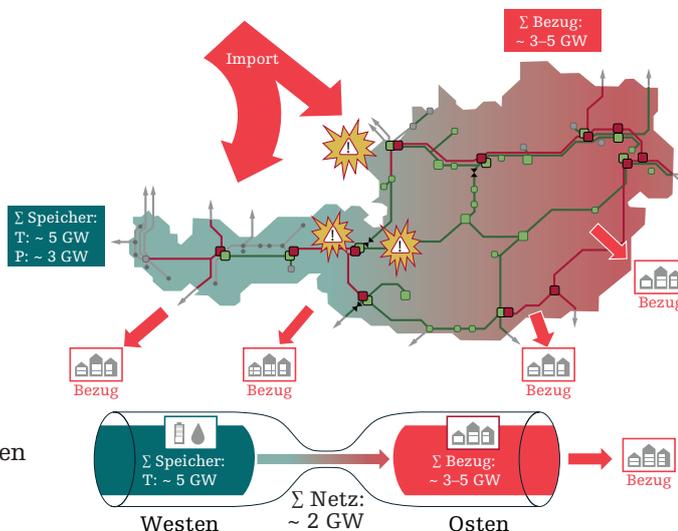
Strom im Übertragungsnetz

Grundproblematik:

1. Zentrale Lage Österreichs in Europa (N>S- und W>O-Lastflüsse)
2. Beschränkte Leitungskapazität innerhalb Österreichs

Doppelte Belastung

Zwei Energieflüsse sind herausfordernd für das österreichische Übertragungsnetz. International wird Strom nach Österreich importiert und auch an angrenzende Staaten weitergeleitet. National müssen die Pumpspeicher im Westen mit den Abnehmern und der erneuerbaren Produktion (vor allem Wind) im Osten verbunden werden.



Quelle: APG

280 Tage mit Notmaßnahmen im Jahr 2018

Jän.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Feb.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28			
März	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
April	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Mai	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Juni	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Juli	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Aug.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Sept.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Okt.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31
Nov.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Dez.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31

Quelle: APG

Am Limit

Die Versorgungssicherheit wird durch immer aufwendigere und kostenintensivere Strommanagement-Maßnahmen seitens des Übertragungsnetzbetreibers Austrian Power Grid (APG) aufrechterhalten.

Klimapolitik

Solitäre Solidarität

Während die USA, China oder Indien blockieren, geht die EU mit ambitionierten Klimazielen voran.

Klimapolitisch gab es Ende 2019 kalt-warm: Als „Klimagipfel der Schande“ und „Gipfel der Enttäuschung“ qualifizierten Medien die ernüchternde Bilanz der COP25 in Madrid. Dass am Ende nur ein Minimalkompromiss erreicht wurde, lag am davor erfolgten Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen und an der Weigerung von China, Indien und Brasilien, weitergehende Verpflichtungen zur CO₂-Reduktion einzugehen.

Koalition der Ambitionierten

Die EU positionierte sich als treibende Kraft in der „High Ambition Coalition“. Vor der Enttäuschung von Madrid hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren „Green Deal“ vorgelegt. Dieser enthält einige Beiträge zur Erreichung der Klimaziele. Zentral ist die Bereitstellung finanzieller Mittel: Die EU schätzt, dass die Erreichung der derzeitigen Klima- und Energieziele bis 2030 pro Jahr zusätzliche 260 Milliarden Euro kosten werde. Um das zu stemmen, will die EU eine Strategie für eine Finanzierung und einen Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa in der Höhe von einer Billion Euro vorlegen. Klar ist, dass die Umsetzung entscheidend wird. Schon bis 2030 soll es eine Reduktion

der Emissionen von 50 bis 55 Prozent unter das Niveau von 1990 geben; das bisherige Ziel lag bei 40 Prozent. Und: Von 1990 bis heute wurden gerade einmal 23 Prozent eingespart. Für das Energiesystem bedeutet das, dass der Ausbau der Erneuerbaren genauso unabdingbar ist wie Investitionen in Speicher und Netze. Die in-nereuropäische Solidarität ist allerdings löchrig, so beharrt das stark von Kohle abhängige Polen auf einer Ausnahmeregelung bei der für 2050 angestrebten Klimaneutralität. Abhilfe könnte der mit 100 Milliarden Euro ausgestattete Fonds zur Transformation des Wirtschaftsystems schaffen. Ein weiterer Streitpunkt ist die Anerkennung der Kernkraft als saubere Technologie.

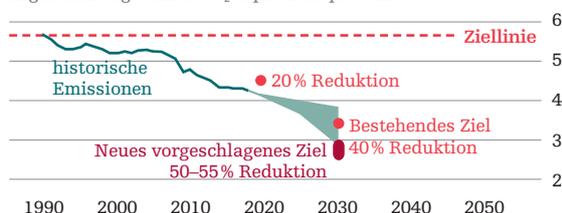
Faire Bepreisung

Ein begrüßenswerter Ansatz der Kommission ist jedenfalls, Fairness im System herstellen zu wollen. So sollen nicht nur Importzölle für klimaschädlich produzierte Waren eingehoben werden, sondern mit einer europäischen CO₂-Bepreisung auch jene Sektoren stärker in die Pflicht genommen werden, die bislang nicht dem EU-Emissionshandel unterlagen und wenig zu den Klimazielen beigetragen haben.

Ambition statt „Gipfel der Enttäuschung“

Die neue EU-Kommission verschärft die gesteckten Klimaziele mit einem angestrebten Minus bei den Emissionen von 50 bis 55 Prozent gegenüber 1990 deutlich.

Angaben in Gigatonnen CO₂ Äquivalent pro Jahr



Quelle: Climate Action Tracker

Unsere Position:

- › Europäischer Ausbau erneuerbarer Quellen, von Speichern und Netzen
- › Fairness zwischen den Sektoren herstellen
- › Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit
- › Keine Zusatzbelastung von Ausgleichsenergie wie thermischer Kapazitäten
- › Mittel für F&E erhöhen

Versorgungssicherheit Kritische Tage

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Übertragungsnetz wird aufgrund des Energiemix schwieriger. Nun hemmt auch die Bürokratie.

Die schwierige energiepolitische Lage Österreichs ist bekannt: Zuletzt hat der Import bei Strom zugenommen. Das hat mit saisonalen Schwankungen zu tun und mit der Verfügbarkeit von oft günstigerem ausländischem Strom. Das Engpassmanagement, also das Austarieren von Produktion und Verbrauch innerhalb Österreichs, wird zum Drahtseilakt.

Permanentes Krisenmanagement

Die Zahl jener Tage, an denen Redispatchmaßnahmen im Übertragungsnetz, also Eingriffe zur Sicherstellung der Netzstabilität, notwendig sind, hat sich dramatisch erhöht (s. Grafik). Ruhige Tage, an denen Interventionen der Austrian Power Grid (APG) nicht nötig sind, stellen die Ausnahme dar. 2018 waren an 301 Tagen Maßnahmen vonnöten. 2019 verlief im ersten Halbjahr ruhiger, das änderte sich jedoch aufgrund von Erzeugungsüberschüssen in Westeuropa. Der 27. August war ein besonders kritischer Tag: Im gesamten Netz traten Verletzungen der (n-1)-Sicherheit auf. Diese garantiert, dass auch beim Ausfall eines Betriebsmittels die restlichen Elemente ausgleichen und das Stromnetz aufrechterhalten können. An diesem Tag mussten 3.200

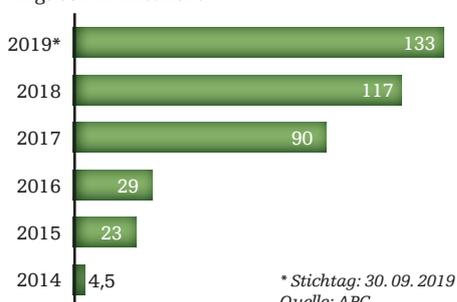
der 3.600 abrufbaren Megawatt Kraftwerksreserve abgerufen werden. Dazu wurden auch im Ausland Kapazitäten angefordert. Neben dem Hochsommer ist der Winter eine Zeit erhöhter Betriebsamkeit in Sachen Versorgungssicherheit. Heuer kommt ein weiterer Faktor hinzu:

Handelsbarriere

Das Clean Energy Package sieht vor, dass bis spätestens 2025 70% der verfügbaren Grenzkapazitäten dem Handel zur Verfügung stehen müssen. Hintergrund: die grenzüberschreitenden Kapazitäten sollen nicht zugunsten innerstaatlicher Engpassbehebung reduziert werden. Im strompolitischen Transitland Österreich wiegen diese Vorgaben schwer. So fordern die östlichen und südöstlichen Nachbarn permanent günstigen Strom aus Deutschland an. Manchmal machen Transite 60 Prozent der Transporte im österreichischen Übertragungsnetz aus. Dazu kommt, dass die West-Ost-Leitungen in Österreich nicht gut ausgebaut ist. Mittelfristig könnte bei Nichterfüllung der 70%-Vorgabe die Etablierung einer zweiten Preiszone innerhalb Österreichs nach dem Vorbild der Preiszonen zwischen Deutschland und Österreich drohen.

Notfallmaßnahmen der APG (2014–2019*)

Angaben in Mio. Euro



Unsere Position:

- › Bürokratische Stromhandelsvorgaben abbauen
- › Mehr Flexibilität für Ausgleichsmaßnahmen der APG
- › Vermeidung einer innerösterreichischen Trennung der Strompreiszonen

Veranstaltungen

TERMINE

10.–11. März Seminar Österreichs E-Wirtschaft kompakt 2.0

Lernen Sie bei diesem Seminar wirtschaftliche und technische Zusammenhänge der E-Wirtschaft kennen, und erfahren Sie mehr über die Hintergründe und die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Erzeugung, Netze, Handel & Vertrieb und Recht. Darüber hinaus erhalten Sie Einblicke in die energiewirtschaftlichen Mechanismen der EU und in die wichtigsten technischen Regelwerke von Österreichs Energie. Eine Exkursion zur Austrian Power Grid Control rundet das Angebot ab.

Zeit: 10.–11. März 2020; 9:30 Uhr
Ort: Österreichs Energie, Brahmplatz 3, 1040 Wien
Anmeldung: akademie@oesterreichsenergie.at

16.–17. September Oesterreichs Energie Kongress 2020 Energiezukunft findet Stadt

Im MuseumsQuartier in Wien findet mit dem 6. Oesterreichs Energie Kongress der wichtigste Branchenevent der österreichischen E-Wirtschaft des Jahres statt. Wie können wir die Energiewelt von morgen gestalten? Welche Rahmenbedingungen braucht es? Und was können wir gemeinsam ganz konkret dafür tun? Diese Fragen werden uns bei diesem Kongress beschäftigen. Seien Sie dabei, wenn sich die Entscheider der Branche mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft treffen. Wir erwarten erneut über 500 Teilnehmer, Referenten, Diskutanten, Sponsoren und Aussteller zu diesem Branchenhight 2020, zu dem Sie sich bereits jetzt anmelden können.

Zeit: 16.–17. September 2020; 11:30 Uhr
Ort: MuseumsQuartier, Museumsplatz 1, 1070 Wien
Anmeldung: akademie@oesterreichsenergie.at

Oesterreichs Energie

ÜBER UNS



Präsident **Dr. Leonhard Schitter** und
Generalsekretärin **Dr. Barbara Schmidt**

Oesterreichs Energie ist die Interessenvertretung der heimischen E-Wirtschaft. Der Präsident ist aktuell Salzburg AG-Vorstand Dr. Leonhard Schitter, M.A., Vize-Präsidenten sind Dipl.-Ing. Wolfgang Anzengruber (Vorsitzender des Vorstandes, Verbund AG), KommR Prof. Ing. DDr. Werner Steinecker, MBA (Vorstandsvorsitzender, Energie AG Oberösterreich) und Mag. Stefan Szyszkowitz, MBA (Vorstandsdirektor, EVN AG).

Seit 1953 vertritt Oesterreichs Energie die Interessen ihrer Mitglieder in deren Tätigkeitsfeldern: Erzeugung, Netze und Handel & Vertrieb. Dabei arbeitet Oesterreichs Energie laufend mit nationalen und internationalen politischen Entscheidungsträgern, Behörden und Körperschaften zusammen und vertritt die akkordierten Positionen der gesamten Branche. Derzeit repräsentiert Oesterreichs Energie rund 140 Unternehmen, die rund 21.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen, und schließt jährlich die Kollektivverträge für Arbeiter und Angestellte der Elektrizitätsunternehmen für das gesamte Bundesgebiet ab.

Die von Oesterreichs Energie vertretenen Mitglieder generieren mehr als 90 Prozent der gesamten österreichischen Stromerzeugung mit

einer Engpassleistung von mehr als 26.000 MW und einer Brutto-Stromerzeugung von 68 TWh jährlich. Darüber hinaus werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen rund 260.000 km Leitungen betrieben und ausgebaut.

Die Leistungen der E-Wirtschaft haben weitreichende Effekte über den Sektor hinaus: Jede investierte Milliarde Euro der E-Wirtschaft bewirkt ein Produktionsvolumen von rund zwei Milliarden Euro in der gesamten heimischen Volkswirtschaft.

Pro investierter Milliarde Euro schafft beziehungsweise sichert die E-Wirtschaft 7.300 Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung in Österreich um zusätzliche 670 Millionen Euro.

Wir freuen uns über Ihre Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit gerne zur Verfügung!

Generalsekretärin Dr. Barbara Schmidt
b.schmidt@oesterreichsenergie.at

Sie finden die Energiebriefe in elektronischer Form auch unter: <http://oesterreichsenergie.at/energiebrief.html>

oder unter
diesem QR-Code:



Impressum
Österreichs E-Wirtschaft | Brahmssplatz 3, 1040 Wien
Tel. +43 (0) 1 501 98 225 | Fax +43 (0) 1 501 98 900
www.oesterreichsenergie.at